

Für das Jubiläumsheft zum 50jährigen Bestehen führten Beate Benson und Bernd Winkelmann vor 20 Jahren ein Gespräch mit Horst von Hassel (HvH), ehemaliger Senator für Bildung und Dezernent für Schule und Kultur, über seine Zeit als Lehrer und Gewerkschaftsmitglied unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg. Unsere Fragerunde endete damals mit einer Einschätzung „der bildungspolitischen Situation“ am Ende des 20. Jahrhunderts.

Zum 70jährigen Jahrestag treffen Inga von Hagen, Peer Jaschinski und Bernd Winkelmann erneut Horst von Hassel. Ihr Gespräch über die vergangenen beiden Jahrzehnte soll verbunden werden mit der Perspektive des amtierenden Dezernenten für Schule und Kultur, Michael Frost (MF). Die Stadtverbandssprecher*innen danken beiden Kollegen für die Bereitschaft, an diesem Interview teilzunehmen.

In den zurückliegenden 20 Jahren spielte die Debatte um die Schulstruktur weiterhin eine große Rolle. Wie schätzt ihr deren Ergebnis ein?

HvH: Die Sozialdemokraten waren damals eigentlich über die Einführung des durchgängigen Gymnasiums in Bremerhaven empört und wollten diese Entscheidung wieder umdrehen. Das ist leider verblieben. Ob man das heute noch umkehren kann, glaube ich eigentlich nicht.

Was mich wundert ist: In diesen Zeiten, in denen die Spaltung der Gesellschaft ein Thema ist, halten wir in ganz Deutschland eine Schule mit der vordemokratischen Struktur aufrecht. 10jährige werden sortiert, werden abgeschnitten von einer gemeinsamen, solidarischen und sozialen Erfahrung, das regt niemanden auf. Für mich ist „Eine Schule für alle Kinder“ weiterhin das Ziel.

MF: Wenn ich mir die aktuelle Schullandschaft in Bremerhaven ansehe, dann bin ich weniger pessimistisch, weil ich glaube, dass wir in der Praxis weitergekommen sind. Dies ist auch ein Verdienst Ihrer Vorarbeit, nicht nur als Dezernent und Senator, sondern auch als Gründungsschulleiter der Heinrich-Heine-Schule. Wir sind in einer Situation, in der wir 1 Gymnasium haben, aber daneben 10, bald 11 Oberschulen, die ja sehr wohl auch Kinder in verstärktem Maße aufnehmen, die eine Gymnasialempfehlung besitzen, wo Eltern sagen, unsere Kinder sollen mit den Kindern aus dem Stadtteil gemeinsam lernen. Die Hälfte der Eltern von Kindern mit Gymnasialempfehlung entscheidet sich für die Oberschule. Das ist eine erstaunliche Quote angesichts der öffentlichen Diskussion, die wir über die Oberschulreform führen. Es ist gelungen, die alte Idee der Stadtteilschule in Bremerhaven aufrecht zu erhalten, unabhängig von der Struktur, die die jeweilige Schule hat.

Das eine Gymnasium haben wir nun, ich erkenne keine Bewegung, diese Entwicklung zu verändern, es sei denn, dass wir das Gymnasium von innen betrachten, denn da haben wir umgekehrt die Situation, dass ungefähr die Hälfte der Kinder, die das Lloydgymnasium besucht, keine Empfehlung für das Gymnasium besitzt. Das bedeutet für die Pädagogik, dass auch das Gymnasium sich verändern muss.

HvH: Ist das Gymnasium an der Inklusion beteiligt?

MF: Nicht, dass es Kinder aufnimmt mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Aber das Lloydgymnasium hat eine ZuP-Leitung. Es gibt die Notwendigkeit des Umgangs mit heterogenen Lerngruppen auch im Gymnasium. Es gibt auch dort individualisierte Lernformen, die wir von der Oberschulreform kennen. Es ist auch klar, das Lloydgymnasium wäre personell und ressourcenmäßig besser ausgestattet, wenn es eine Oberschule wäre.

HvH: In der Einschätzung bin ich ganz bei Ihnen. Für eine Abschaffung des Gymnasiums haben Sie nicht mehr die politischen Mehrheiten und werden sie auch nicht bekommen.

MF: Man muss auch noch sagen: Der „Schulfrieden“, der zwischen den Parteien vereinbart wurde, ist ein hohes Gut. Es war richtig zu vereinbaren: Wir fassen die Struktur im Moment nicht an, sondern wir sichern erst einmal die Reform, bringen sie zum Laufen und beruhigen ein permanenten Änderungen unterworfenen

System. Darunter haben die Schulen in den vergangenen Jahren immer gelitten, dass je nach politischen Mehrheiten ihnen jeweils neue Aufgaben übertragen wurden, die permanente Unruhe gebracht haben. Dabei fehlt uns von der Altersstruktur die „mittlere Kohorte“, die jetzt zum Beispiel als Schulleitung Verantwortung übernehmen könnte. Ich bin froh wenn es uns gelingt, dass wir das, was wir auf den Weg gebracht haben, fortzusetzen, zu konsolidieren, zu evaluieren, um dann kleinere Stellschrauben zu verändern. Ich möchte die Strukturdebatte in dieser Zeit nicht führen.

HvH: Weil Sie auch keine Aussicht auf Erfolg haben ...Das mit dem „Schulfrieden“ ist mir sauer aufgestoßen, weil ich die Dame, die das damals verkündet hat, gut kenne. Sie hat das per Gesetz den Schulen zu einem Zeitpunkt übergestülpt, als das besser hätte vorbereitet werden müssen. Die hat sich damit schmücken wollen, bundesweit die ersten zu sein. Die Inklusion bezog sich in der Entstehungsgeschichte auf benachteiligte Kinder. Was für mich etwas verlorengegangen ist in der Programmsetzung, ist der Begriff der Integration. Die Benachteiligung war damals wie heute oft im sozialen Bereich angesiedelt. Dies ist durch den Inklusionsbegriff etwas beiseite geschoben worden. Dies ist nicht dasselbe für mich.

MF: Der Unterschied für mich liegt darin, dass wir inzwischen nicht mehr Gruppen betrachten, sondern dass es in der Inklusion darum geht, jedes einzelne Kind zu betrachten und wir nicht mehr zu einer gruppenbezogenen, sondern individualisierten Förderung kommen.

HvH: Kommen denn die Kinder aus benachteiligten Familien auch in diese Programme?

MF: Das ist der Knackpunkt des Erfolgs der jetzigen Oberschulreform, ob es gelingt, die Bildungsbeteiligung von benachteiligten Gruppen so zu stärken, dass der bestmögliche Abschluss erreicht wird.

Da sind wir sofort bei der Ressourcendebatte und bei fehlenden Konzepten u. a. hinsichtlich der Migranten. Wir laufen Gefahr, Fehler aus der ersten „Gastarbeitergeneration“ zu wiederholen.

HvH: Wenn ich aus der Geschichte berichten soll, dann erinnere ich an umfangreiche Programme, türkische Lehrkräfte zur besonderen Förderung der damals so genannten „Gastarbeiterkinder“ und deren Doppelzählung. Es gab mindestens Mitteleinsatz dafür.

MF: Wir haben derzeit noch 1.000 Kinder in der Sprachförderung. Es fehlt ein Konzept, es fehlt an Zuweisung und Ressourcen und an qualifiziertem Personal in dem Bereich. Die Universitäten haben die Ausbildung eingestellt für solche Leute.

Auch da haben Sie recht bei der Durchführung der Inklusion. Man kann nicht so eine große Reform auf den Weg bringen, wenn man nicht von vornherein sicherstellt, dass man das dafür benötigte qualifizierte Personal auch hat. Wir haben die Inklusion in die Umsetzung gebracht, ohne dass die Universität gleichzeitig dafür Sorge trug, dass es genügend Nachwuchs in dem Bereich gibt.

HvH: Auf Bremerhaven gesehen muss man mit Bewunderung sehen, was die Schulen leisten.

MF: Absolut richtig. Das ist ein großer Kraftakt... Bewunderung ist das richtige Wort.

Nochmals zum „Schulfrieden“, der vor fast 10 Jahren verabredet wurde. Wie schätzt ihr den „Frieden“ in der politischen Gegenwart ein?

HvH: Ich würde einen Unterschied zwischen Bremen und Bremerhaven machen. Die Bremerhavener haben schon das Schulgesetz von 1949 konsequent mit den Kombinatsschulen umgesetzt, die Bremer nicht. Als Senator kannte ich eine vollhorizontalisierte Schule in Bremerhaven, in Bremen erlebte ich die Innenstadtgymnasien im Schonraum der Politik.

Als ich 1991 aus dem Dienst ausschied, war Bremerhaven vollhorizontalisiert. Das Gymnasium nenne ich einen Störenfried. Aber bisher ist es nicht gelungen, dieses zum ausstrahlenden Punkt zu machen und eine Elternbewegung zu starten, wie vor einigen Jahren in Hamburg. Hier wäre man aufgerufen, das, was man hat, zu verteidigen, als Gewerkschaft.

MF: Der Konsens ist weiterhin groß. Der existiert zwischen Verwaltung und Gewerkschaft. Wir machen keine Abstriche an unserer Zielsetzung was die Inklusion angeht. Ich nehme keinen Dissens wahr, bei Schulleitungen oder Eltern. Es geht immer um das „wie“, nicht um das „ob“. Wenn, dann streiten wir um die Ausstattung. Ich nehme nicht wahr, dass die Inklusion insgesamt in Frage gestellt wird. Es wird viel damit verbunden, weil das jetzt die Veränderung ist. Ich glaube, dass die Probleme daher rühren, dass es gesellschaftliche Phänomene gibt, wie Armut, Ausgrenzung, die in Schule hineinwirken, aber ein gesellschaftliches Problem sind, kein schulisches.

HvH: Also ich würde Bremerhaven nicht mit Bremen in denselben Topf werfen. Da herrschen andere Bedingungen. Dies mit dem Schulfrieden, was sich hier positiv auswirkt, weil man die vorhandene Struktur damit stärkt, ist in Bremen ganz anders beabsichtigt. Man will die zur Ruhe bringen, die an der Struktur etwas ändern möchten.

MF: Wenn ich mir die Abstimmungsergebnisse im Schulausschuss ansehe, ist ein Dissens hinsichtlich der Inklusion nicht wahrnehmbar.

Gehen wir hinüber zum Aspekt der Lehrerbildung. Wie seht ihr die Möglichkeiten der Seestadt, das Personal hinreichend zu qualifizieren?

MF: Das kommunale Lehrerfortbildungsinstitut ist zu keinem Zeitpunkt so wichtig gewesen wie heute.

HvH: Was ist gesetzlich unterfüttert? Gibt es auch Weiterbildung?

MF: Nein, das können wir nicht. Wir haben einen enormen Bedarf, einmal hinsichtlich der Inklusion, zum anderen durch die Qualifizierung von Seiteneinsteiger*innen. Dafür muss das LFI die Basis bilden. Das reicht aber nicht, wir brauchen die Ebene des Landes für strukturierte Programme. In den nächsten Jahren werden wir mit Seiteneinsteigern arbeiten müssen und diesen Leuten müssen wir eine klare Perspektive aufzeigen, damit sie am Ende gleichgestellt sind.

Für diesen Bereich ist eine strukturierte Qualifizierung durch die Landesebene zu gewährleisten. Es ist immer eine Frage der Finanzierung. Wir brauchen eine Qualifizierungsoffensive mindestens auf der Ebene des Landes, wenn nicht darüber hinaus.

Die Frage der Lehrerversorgung wird drängender, je weiter Sie in die Peripherie gehen, jetzt geografisch gemeint. Wir merken den Personalmangel eher. Es fehlen einfach die Leute. Es hat sich herumgesprochen, wie anstrengend der Beruf ist. In Skandinavien ist man stolz darauf, dass die besten Leute Lehrer werden, während bei uns der Lehrerberuf lange Jahre schlecht geredet und Lehrer abschätzig betrachtet wurden. Diese unsere Tradition ist sehr unselig, die schlägt jetzt auf uns zurück.

Wie schätzt ihr die Situation auf dem ursprünglichen Arbeitsmarkt „Lehrkräfte“ ein?

MF: In absehbarer Zeit sehe ich keine Entspannung. Wir gehen in einen zunehmenden Konkurrenzkampf zwischen den Bundesländern. Bis zur „feindlichen Übernahme“ wird um einzelne Personen gerungen. Man muss verstärkt nachdenken, ob das nicht ein Problem der zentralen Steuerung ist und nicht nur eines der KMK, die sich einigt oder nicht. Hinsichtlich des eklatanten Fachkräftemangels braucht es eine politische Strategie, für die auch eine Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt einmal zuständig sein müsste. Wenn andererseits

immer deklariert wird, dass Bildung der Schlüssel ist für so ziemlich alles, was eine Gesellschaft zu leisten hat, dann darf man sich weder ein Bildungsgefälle leisten, noch den Konkurrenzkampf zwischen Städten und Ländern untereinander.

HvH: Aber Bremen hat eine eigene Universität, wenn die Politik das wollte, könnte sie die Zahlen bei den Studienanfängern für den Lehrerberuf aufstocken. In so einer Situation muss man mehr ausbilden.

MF: Richtig, mehr ausbilden, fachspezifisch, z.B. Sonderpädagogik bzw. inklusive Pädagogik. Deutsch als Zweitsprache als eigenständiges Fach. Dazu benötigt man eine Altersprognose. Im Zusammenhang mit unserem Personalentwicklungskonzept haben wir gesagt, wie die Perspektive aussieht. Wir wissen, wie viele Menschen wir brauchen. Es wäre ein leichtes, mit der Universität die notwendigen Kontingente zu berechnen. Wir sind dankbare Abnehmer! Die Schulen sind bereit, junge Menschen aufzunehmen, für Praktika aller Art. Derzeit bilden wir bei den Referendaren über Kapazität aus!

Wenn wir in 7 Jahren einen höheren Output haben wollen, müssen wir jetzt die Weichen stellen.

HvH: Also müsst ihr doch den Senator*innen, die zuständig sind, auf die Bude rücken und fordern: Erweitert die Ausbildungskapazitäten!

MF: Ich bekräftige noch einmal: In der Umsetzung braucht es ein Konzept! Man müsste sich auf der Ebene der KMK zusammensetzen und sagen: Was ist der Plan? Welche Kapazitäten brauchen wir, wer macht was? Wir gewähren jetzt ein Stipendium, dies ist ein Handlungsspielraum, den wir aufgrund unserer kommunalen Autonomie haben, aber darüber hinaus muss es einen übergreifenden Plan geben, um für den Bedarf auszubilden.

HvH: Deswegen müssen wir die kommunale Zuständigkeit verteidigen!

MF: Unbedingt, sie ist ein Garant dafür, flexibel reagieren zu können, eigene Entscheidungen zu treffen. Wir hätten zusätzliche Probleme, wenn es anders wäre.

HvH: Da braucht man nur in die Geschichtsbücher zu gucken. Wilhelm Kaisen hat 1947 den Bremerhavenern die kommunale Zuständigkeit für Polizei und Schule zugesagt. Das ist doch ein Wort!

Wir würden gerne auch über Inhalte reden. „Demokratische Pädagogik“ war aus Sicht der GEW eine ganz wichtige Perspektive. Es kam immer darauf an, was gelehrt und gelernt wurde. Wie seht ihr die Entwicklung im Sinne des Lernens von Demokratie?

HvH: Im Gedächtnis geblieben ist mir die Veranstaltung der GEW vor einigen Jahren, auf der ich zu diesem Thema vorgetragen habe. Als wir hinterher darüber redeten, sprachen die jungen Leute von Angst, ihre Rechte einzufordern. PISA hat dazu beigetragen, dass im Kanon des Wichtigen die kognitiven Fächer, die verwertungsrelevant sind für spätere berufliche Tätigkeiten, in den Vordergrund gerückt sind. So etwas, was Menschenbildung ausmacht, das bildet PISA nicht ab, die Lehrer wollen für die Kinder das Beste, also konzentrieren sie sich darauf, was geprüft wird und das andere geht an den Rand.

MF: Dieser Effekt ist spürbar. Die Kernfächer wurden deutlich gestärkt seit PISA. So wie es eine Ökonomisierung in der Gesellschaft gibt, so gibt es sie in der Schule. Die Rankings spielen eine enorme Rolle, auch schulintern sind sie angstbesetzt, werden als Kontrollinstrument wahrgenommen. Es geht jedoch auch um die Schülerbildung. Neben der Konzentration auf die Kernfächer erlebe ich aber auch, dass Schulen bewusst die kulturelle Bildung stärken. Davon haben wir in Bremerhaven nicht wenige. Gerade die Ganztagschulentwicklung ist in diesem Zusammenhang ein ganz wichtiger Fortschritt der letzten 20 Jahre. Hier entsteht die Zeit, die wir brauchen, um tatsächlich fördern zu können, Potenziale auch zu entdecken. Eine

andere Tendenz nehme ich zudem wahr: Weg von der Fächerdisziplin, hin zum integrierten Lernen. So etwas wie Projektlernen stärkt demokratische Kompetenzen, weil es handlungs- und erfahrungsorientiert ist.

HvH: Wir haben früher Schulbezirksgrenzen gehabt, haben Stadtteilschulen gehabt, die gebunden waren an ihren Stadtteil mit einer Nähe zu den Einrichtungen um die Schule. Die Politik hat das aufgegeben. Spöttisch gesagt: Da legen wir die Lehrangebote in ein Regal und jeder wählt für sein Kind aus, so wie man sich im Supermarkt seine Dosen sucht. So begann der Wettlauf der Schulleiter um die Eltern, weil sie darauf angewiesen waren, ihre Schülerzahlen zu halten. Die Schulbezirke hatten ihren Sinn!

MF: Im Großen und Ganzen ist das System der Stadtteilschule nach wie vor etabliert.

HvH: Als ich eine Schule, die Paula beriet, da habe ich mitbekommen, dass aus der ganzen Stadt, auch Leherheide, einzelne Schüler nach Wulsdorf gehen.

MF: Das kann auch ein Vorteil sein. Wir haben Schulen, die in pädagogischer Hinsicht sehr ambitioniert sind. Da finde ich es gut, wenn Eltern sich dafür entscheiden. Sie betonen: Dies ist das Setting, das mein Kind braucht, um erfolgreich lernen zu können.

HvH: Hier unterscheide ich mich von meinem Nachfolger.

MF: Wir prüfen und diskutieren diesen Sachverhalt immer wieder, ich glaube auch, dass eine Steuerung in gewisser Weise notwendig ist. Ich nehme es aber in der Gesamtheit in Bremerhaven nicht als Problem wahr in dem Sinne, dass einzelne Oberschulen von besser Situierten „überflutet“ werden und andere werden komplett gemieden.

HvH: Das stimmt. Dann stellt sich die schwierige Frage: Was ist mit den Kindern, deren Eltern das nicht in Betracht ziehen und beurteilen können. Die Eltern, die besser dran sind, haben die Auswahl, die anderen landen dann in Schulen, die man füllen muss.

MF: Die Steuerung liegt dann auf einer anderen Ebene. Gerade diese Schulen müssen wir so ausstatten, dass sie die beste Pädagogik liefern.

HvH: Ich leide in anderen politischen Zusammenhängen immer unter der Geschichtslosigkeit. Es hätte nicht sein dürfen, dass zwischen beiden Städten überhaupt jemand auf die Idee kommt, die Zuständigkeit für Polizei und Schule in Rede zu stellen. Dies war ein Grundelement der Zusammenfügung beider Städte im Jahre 1947. Bremen musste damals Zugeständnisse und Voraussetzungen einbringen, damit die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, wir wollen Bremerhaven werden. Man muss die Geschichte im Kopf haben, wenn man Verantwortung trägt für die Gestaltung eines Schulwesens.

Vielleicht gelingt uns durch diese Broschüre ein kleiner Beitrag, einige Anhaltspunkte festzuhalten...

MF: Im Alltag ist man sehr im Tagesgeschäft unterwegs. Zwischendurch ist es wichtig, mal ein Break zu machen: Woher kommen wir überhaupt und wohin wollen wir?

HvH: Ich gehe ins Jahr 1946, da bin ich 18 und wurde aufgenommen ins pädagogische Seminar von Walter Zimmermann. Der bekam von den Amerikanern den Auftrag, die Schulen wieder in Gang zu bringen. Der hatte aber keine Lehrer. Was macht er, er bildet selber welche aus!

MF: Das ist so'n bisschen der Bremerhavener Geist. Man kann nicht darauf warten, dass irgendjemand was macht, man muss es selber tun.

HvH: Ich bin dann nach 3 Wochen Hospitation Lehrer einer 6. Klasse geworden mit 52 Jungs, 16 Stunden Unterricht, nachmittags Seminar, 1 Jahr lang, ich hatte keine Ahnung. Aber: Ich mochte die einfach und bin jeden Tag mit Freude dahingegangen.

*Hoffen wir, dass sich einerseits der „Bremerhavener Geist“ hält und andererseits die Kolleg*innen mit Freude zur Schule gehen. Wir jedenfalls sind sehr froh, dass wird dieses Gespräch über die Wurzeln und die Gegenwart der Schulen in Bremerhaven führen durften.*